

ANFRAGE

der Abgeordneten Mag.^a Indra Collini an den Landeshauptfrau-Stellvertreter für Kommunale Verwaltung, Konsumentenschutz und Bau- und Verkehrsrecht Franz Schnabl

gemäß § 39 Abs. 2 LGO 2001

betreffend: Maßnahmen der NÖ Landesregierung als Konsequenz der Krise

Durch die hohe Inflation und steigende Energiepreise sind wir mit einer umfassenden Teuerungswelle konfrontiert, die bei den NÖ Haushalten, den NÖ Betrieben und auch in der Landesverwaltung bereits voll angekommen ist.

Die geschnürten Hilfspakete, wie auch die stark steigenden Zinsen werden das Landesbudget künftig stark belasten.

Es ist daher unumgänglich, jetzt wirklich jeden Steuer-Euro doppelt umzudrehen und mit den Mitteln gut, nachhaltig und vorausschauend zu haushalten.

So wie österreichische Familien derzeit Einkäufe, Urlaube und größere Anschaffungen einer Evaluierung unterziehen müssen, so wie auch die Betriebe ihre Pläne überarbeiten müssen, so ist es auch für die politisch Verantwortlichen in unserem Land höchst an der Zeit zu sagen, wo im eigenen Wirkungsbereich kurzfristige und langfristige Sparpotentiale zu heben sind. Denn nur so kommen wir gemeinsam gut durch die Teuerungs-Krise.

Die Gefertigte stellt daher die

Anfrage

1. Bei welchen laufenden Projekten bzw. Ausgabenpositionen in Ihrem Zuständigkeitsbereich haben Sie im Jahr 2021 und 2022 Einsparungen veranlasst?
 - a. Welche Projekte wurden redimensioniert? Bei welchen Ausgabenpositionen wurde gespart?
 - b. Wie hoch sind die einzelnen Einsparungspotentiale?
 - c. Welche Projekte wurden verschoben? Auf wann? Um welche finanziellen Größenordnungen handelt es sich dabei?
 - d. Welche Projekte wurden ganz eingestellt? Wieviel wurde dadurch jeweils eingespart?
 - e. Welche dieser Maßnahmen haben langfristig positive Auswirkungen auf das Budget, weil sie strukturelle Einsparungen nach sich ziehen? Wie hoch sind diese?

Die gefertigte Abgeordnete ersucht ausdrücklich um vollständige Beantwortung der Anfrage entlang der vorgegebenen Punktation.